



Foto: picture-alliance / dpa



Foto: dpa - Bildarchiv



Foto: Betriebsrat



Foto: picture-alliance / dpa



Foto: Christian v. Polentz/transitfoto.de

Wir sind es

Alle reden über die Opfer der Weltwirtschaftskrise, wir über die Täter

►Seite 2

Zocken, bis es kracht

Von 1929 bis 2008 – die Geschichte des Kapitalismus ist eine Krisengeschichte

►Seite 2

Skandalfirma

Der Automobilzulieferer Ymos übrig kassiert eine Bürgschaft und vernichtet Jobs

►Seite 3

Abwrackprämie

Wer hat sie erfunden? Die IG Metall. Ihr Erfolg ist überwältigend

►Seite 3

Auftakt Roadshow

Start der Roadshow „Gemeinsam für ein gutes Leben“ in Berlin

►Seite 4

► Sie sind gefragt



Fotos: Joerg Frank | picture-alliance-dpa | Collage: schwingkopf

Was ist für Sie ein „gutes Leben“? Was sind Ihre Vorstellungen, Wünsche und Forderungen? Was ist Ihnen wichtig? Was muss sich ändern? Die IG Metall möchte das wissen. Und die Politik damit konfrontieren. Damit Ihre Stimme unüberhörbar wird. Damit die Menschen wieder im Mittelpunkt der Politik stehen. Gerade jetzt, in der Krise.

Für Rabea Patzke aus Bremen bedeutet gutes Leben, „dass ich einen festen Arbeitsplatz habe und nicht ständig von einer Befristung zur nächsten hüpf“. Carolin Adam aus Karlsruhe wünscht sich, „dass mein Gehalt gesichert ist“. Und Maik Grundmann aus Bernau bei Berlin fordert, „dass ich wie ein Mensch und nicht wie ein Rohstoff behandelt werde“. Patzke, Adam und Grundmann zählen zu den ersten, die sich an der Arbeitnehmerbefragung der IG Metall beteiligt und ihre „Stimme für ein gutes Leben“ abgegeben haben. Die IG Metall möchte so viele Stimmen wie möglich sammeln. Die Befragungsaktion ist die größte, die die IG Metall je gestartet hat.

Das ist wichtig, um den Anliegen der Menschen politisch Gehör zu verschaffen. Und etwas verändern kann nur, wer sich einmischt, seine Stimme erhebt. Der Fragebogen der IG Metall hat drei Schwerpunkte: Im ersten Teil geht's um das, was ein gutes Leben ausmacht, einen sicheren Arbeitsplatz zum Beispiel. Der zweite Teil dreht sich um Wirtschaft und Betrieb. Der dritte um die Anforderungen an die Politik.

Wer den Fragebogen ausfüllt, tut Gutes: Pro ausgefülltem Fragebogen spendet die IG Metall einen Euro für ein soziales Projekt.

Den Fragebogen und alle Infos zur Kampagne finden Sie im Internet unter www.gutes-leben.de

Die Befragung läuft bis zum 30. Juni. Anfang Juli wird die IG Metall die Parteien mit den Ergebnissen der Befragung konfrontieren. Sie erwartet, dass die Parteien ihre Politik danach ausrichten, denn am 27. September ist Bundestagswahl.

Die IG Metall will nicht, dass die Gesellschaft sich noch tiefer spaltet. Denn wieder tragen die Beschäftigten die Lasten der Krise: Die Staatsverschuldung steigt. Kurzarbeit führt zu verringertem Einkommen, Leiharbeiter werden entlassen, befristete Arbeitsverträge laufen aus, Ausgebildete werden nicht übernommen.

„Wir dürfen jetzt nicht so weitermachen wie bisher“, sagt IG Metall-Vize Detlef Wetzl

„sonst ist nach der Krise nur wieder vor der Krise.“

Die Welt steht auf dem Kopf: Die Menschen beugen sich dem Diktat der Wirtschaft. Die IG Metall will diese Verhältnisse wieder auf die Füße stellen: Die Ökonomie hat den Menschen zu dienen.

„Gutes Leben“ hat zu tun mit den gewerkschaftlichen Grundwerten: mit Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit, Würde, Anerkennung und Respekt. Detlef Wetzl: „Ohne diese Werte gibt es kein gutes Leben. Diese Werte müssen wieder Maßstab werden in Politik und Wirtschaft.“

Frankfurter Appell:

„Übernehmen Sie Verantwortung!“

Die Wirtschaftskrise ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis grenzenloser Profitgier. Und dafür tragen Politiker, Wirtschafts- und Medienvertreter sowie Wissenschaftler die Verantwortung. Die IG Metall fordert sie auf, diese Verantwortung zu übernehmen. Die Ursachen der Krise müssen aufgearbeitet, Roß und Reiter benannt und Fehler korrigiert werden. Wenn Sie diesen Aufruf unterstützen möchten, unterschreiben Sie online: www.gutes-leben.de

Wir sind es

Alle reden über die Opfer der Wirtschaftskrise. Wer sind die Täter?
Hier vier von vielen.



Die Krise hat Gesichter (von links): Guido Westerwelle, Georg Funke, Ferdinand Dudenhöffer, Hans-Werner Sinn

Name: Guido Westerwelle, 47, FDP-Vorsitzender

Vorwurf: Dieser Politiker hat aus der Krise nichts gelernt, er ist entweder unbelehrbar oder dumm – gefährlich ist beides.

Hintergrund: Die FDP dreht ihr Fähnchen nach dem Wind. Stets war sie gegen jede Regulierung der Marktwirtschaft, jetzt fordert sie in ihrem Programm zur Bundestagswahl 2009 „bessere Regeln für den Finanzmarkt“ – und wirft dem Staat vor, dass es diese Regeln nicht gibt: „Regulierungsversagen ist Staatsversagen, nicht Marktversagen.“

Im Klartext: Die Opfer der Krise – Staat und Bürger – sind selbst schuld, der Markt ist heilig und unfehlbar.

Die FDP will keinen starken, son-

dern einen armen Staat, denn er soll sich mit Steuersätzen von 10, 25 und 35 Prozent begnügen. Wie ein armer Staat die Krise bekämpfen soll, verrät die Partei der Besserverdienenden nicht.

Name: Georg Funke, 55, Ex-Chef der Immobilien-Bank Hypo Real Estate (HRE), München

Vorwurf: Funke hat die HRE in den Dreck gefahren, lehnt aber jede Verantwortung dafür ab.

Hintergrund: Im Sommer 2007 behauptete Funke noch, seine Bank sei von der US-Immobilienkrise nicht betroffen. Anfang 2008 stürzte die HRE-Aktie jedoch steil ab. Mittlerweile haben Steuerzahler und Banken schon 102 Milliarden Euro aufgebracht,

um das Geldinstitut vor dem Aus zu retten.

Die HRE ist ähnlich groß wie die US-Bank Lehman Brothers. Deshalb will der Staat sie nicht pleite gehen lassen. Eine Insolvenz würde andere Institute mitreißen.

Funke klagt gegen seine fristlose Kündigung. Er will noch bis September 2013 sein Gehalt kassieren (3,5 Millionen Euro). Danach will er eine jährliche Pension von 560 000 Euro. Jede Mitschuld am Niedergang der HRE weist Funke zurück.

Name: Ferdinand Dudenhöffer, 57, Professor an der Uni Duisburg-Essen, Berater der Autoindustrie und „Autopapst“

Vorwurf: Dudenhöffer lässt gerne mal Arbeitsplätze über die Klinge springen, er plädiert für Lohndumping, ist gegen die 35-Stunden-Woche und die Mitbestimmung.

Hintergrund: Dudenhöffer hat zum Beispiel seit Sommer 2008 unermüdlich das Ende des Kölner Ford-Motorenwerks prognostiziert, ja empfohlen. Denn in Osteuropa seien die Arbeitskosten und Steuern niedriger. Kriterien wie Produktivität und Qualität ignorierte er – und erlitt eine Blamage: Im März setzte der Ford-Betriebsrat durch, dass das Kölner Motorenwerk den Zuschlag für den neuen Fox Motor erhält. Das rettet den Standort und 700 Arbeitsplätze.

Name: Hans-Werner Sinn, 61, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), München

Vorwurf: Sinn predigt die Freiheit des Marktes. Er ist geistiger Wegbereiter der Wirtschaftskrise, die jetzt den Un-Sinn seiner Behauptungen täglich offenbart.

Hintergrund: „Eine sich selbst überlassene Marktwirtschaft“, sagt Sinn, „kennt keine Arbeitslosigkeit.“ Staatliche Konjunkturprogramme lehnt der Wirtschaftsforscher ab. Er plädiert für längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich. Die deutschen Arbeiter sollten mit den ausländischen um den niedrigsten Lohn konkurrieren.

Tarifverträge sind laut Sinn „Jobkiller“. Den Kündigungsschutz will Sinn „erheblich lockern“.

Zocken, bis es kracht

Wir rutschen in die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte, und niemand weiß, was noch alles kommt. Wir schauen zurück: Die Geschichte des Kapitalismus war auch immer eine Geschichte von Krisen.

Die größte Krise des 20. Jahrhunderts beginnt am 24. Oktober 1929, an einem „schwarzen Donnerstag“. Die Aktienkurse an der New Yorker Börse brechen zusammen. Dies ist der Beginn einer Weltwirtschaftskrise, die sich über Jahre hinzieht und viele Menschen in tiefes Elend stürzt. Die deutsche Regierung reagiert, indem sie Schutzzölle auf Einfuhren erhebt und die Geldmenge knapp hält, um die Preise zu drü-

cken. Die Reichsmark soll günstig bleiben, um so Ausfuhren zu erleichtern.

Da aber viele Regierungen ähnliche Maßnahmen ergreifen, laufen sie ins Leere.

Den entscheidenden Schritt nach vorne geht der amerikanische Präsident Franklin Roosevelt: Er verkündet den „New Deal“, kurbelte die Binnenkonjunktur an und tätigt massiv staatliche Investitionen.

Als sich im Sommer 2007 die ersten Zeichen einer erneuten Krise zeigen, winken viele Ökonomen ab. Die Wirtschaft, insbesondere die deutsche, sei viel solider als 1929, das Problem ein begrenztes – nämlich ein amerikanisches. Im Juni 2007 teilt die Investment-Bank Bear Stearns ihren Kunden mit, dass die Einlagen, die Ende 2006 noch mit 1,5 Milliarden US-Dollar bewertet wurden, fast nichts mehr wert



Leere Autobahnen: das weithin sichtbarste Zeichen der Ölkrise 1973

sind. Die deutsche IKB-Bank teilt mit, dass sie praktisch pleite ist, weil sie sich mit US-Hypothekenpapieren verzockt hat. Wie es dazu kam, wird verschwiegen: Eine öffentliche Untersuchung darüber hat der neue Eigentümer der IKB, der US-Investor Lone Star, im März 2009 abgeblasen. Die Bank wird dennoch mit

Staats-Milliarden gerettet. Immer mehr Banken stürzen ab, der vorläufige Tiefpunkt ist die Pleite der amerikanischen Investment-Bank Lehman Brothers am 15. September 2008. Reihenweise entpuppen sich angesehene Finanziers als Nieten in Nadelstreifen.

mehr:
▶▶ www.gutes-leben.de/kompakt

Bürgerschaft kassiert und Jobs vernichtet

Der Autozulieferer Ymos Ubrig im nordrhein-westfälischen Velbert hat von der Landesregierung eine Bürgschaft über 4,4 Millionen Euro erhalten. Ende Februar kündigte Ymos 80 seiner 100 Beschäftigten. Die Produktion soll nach Polen, Ostdeutschland und Rheinland-Pfalz verlagert werden.

Kaum hatte Ymos im Februar 2007 die Pleiefirma Ubrig übernommen, beantragte das Unternehmen eine Bürgschaft. Kurz vor der Übernahme hatte sich der Autozulieferer gegenüber IG Metall und Betriebsrat verpflichtet, den Metalltarifvertrag anzuerkennen und „mindestens 100 Arbeitsplätze“ zu erhalten.

Trotzdem gab die IG Metall Velbert eine negative Stellungnahme zum Bürgschaftsantrag ab. Denn Ymos Ubrig hielt den Tarifvertrag nicht ein (zehn Mitarbeiter sollten plötzlich 40 Wochenstunden

arbeiten und kein Weihnachtsgeld bekommen) und missachtete das Betriebsverfassungsgesetz (Mehrarbeit wurde gegen den ausdrücklichen Beschluss des Betriebsrats angeordnet).

Keine Abfindungen

Die Düsseldorfer Landesregierung entsandte den Landeschlichter ins 20 Kilometer entfernte Velbert. Die Firma mach-

Eine bessere Ökonomie ist möglich

Es gibt Alternativen zum Turbo-Kapitalismus: Umverteilung von oben nach unten.

„Alle Macht dem Markt“ lautet die Parole der Neoliberalen. Denn er ist Gott: Er regelt dank Angebot und Nachfrage die Preise. Natürlich auch die Löhne.

Die Krise zeigt: Der Neoliberalismus ist gescheitert. Selbst seine radikalsten Vertreter rufen jetzt nach dem Staat. Doch ihre plötzliche Abkehr von der reinen neoliberalen Lehre ist mit Vorsicht zu genießen. Denn was Neoliberale jetzt wollen, ist ein Staat, der möglichst nett zur Wirtschaft ist. Im Extremfall soll er sogar Banken retten, indem er sie verstaatlicht: sicherer Sozialismus für die Reichen, verschärfter Kapitalismus für die Armen. Denn der Staat soll zugleich die Löhne niedrig halten und den Hartz IV-Satz kürzen. Die Umver-

teilung von oben nach unten soll fortgesetzt werden.

Im Zeichen der Krise finden nun auch alternative Lehren Gehör. Die Bremer „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ fordert seit Jahren eine soziale Marktwirtschaft, die diesen Namen auch verdient. Sie rechnet vor, dass die Reichen einen großen Teil ihres Einkommens gar nicht brauchen und nicht investieren. Folglich müssen die Reichen ärmer, dafür aber die Armen reicher werden: Denn die geben das Geld aus, das sie erhalten, und kurbeln die Nachfrage an.

Der Vater dieser Ideen ist John Maynard Keynes (1883 – 1946). Der britische Wirtschaftsfachmann sprach von einer „räuberischen Ersparnis“ der Reichen, weil durch ihren übermäßigen Reichtum zu wenig konsumiert wird, Investitionen und Arbeitsplätze verloren gehen. Keynes setzte deshalb auf einen starken Staat, der die Wirtschaft kontrolliert.

Keynes ist heute wieder gefragt. Das zeigt die Vergabe des Wirtschafts-Nobelpreises 2008 an Paul Krugman. Der US-Ökonom fordert mehr Macht für den Staat.

mehr: ►► www.gutes-leben.de/kompakt

Geldregen für Aktionäre

Trotz fallender Aktienkurse wollen die DAX-Konzerne – von Allianz und Daimler über Deutsche Bank bis VW – in diesem Jahr 23,5 Milliarden Euro an Dividenden ausschütten. Es ist also Geld da, die Reichen im Land könnten einen Beitrag leisten, damit der Staat in Arbeit, Bildung und Umwelt investiert. Wer mehr als 750.000 Euro besitzt, sollte etwas von seinem Vermögen dem Staat leihen, schlägt die IG Metall vor. Diese „Zukunftsanleihe“ soll sogar verzinst werden.



te erneut Zusagen, die IG Metall zog ihre Bedenken zurück. Die Bürgschaft wurde gewährt.

Im November 2008 präsentierte die Ymos Ubrig GmbH ihre Pläne zur Stilllegung der Produktion. „Das hatte sie von Anfang an vor“, vermutet der Velberter IG Metall-Bevollmächtigter Michele Dattaro, „sie war nur an den Produkten, Kunden und Patenten interessiert.“ Verhandlungen über Alternativkonzepte zur Stilllegung lehnte die Firma strikt ab. Für die Entlassenen soll es nicht mal Abfindungen geben. Dank eines juristischen Tricks: Ubrig ist von einer erst 2006 gegründeten Ymos-Tochter übernommen worden. Die Betriebsratsvorsitzende Roswitha Merz: „Da verzweifelt man am Rechtsstaat.“

Die IG Metall NRW unterstellt, dass die verbürgten Kreditmittel bereits in die Standortverlagerung investiert worden sind.

Das NRW-Wirtschaftsministerium bedauert den Fall und prüft, wie so etwas künftig verhindert werden kann. Auf das Vertragsverhältnis zwischen der Firma und ihrer Bank könne man jedoch „nur mittelbar Einfluss nehmen“.

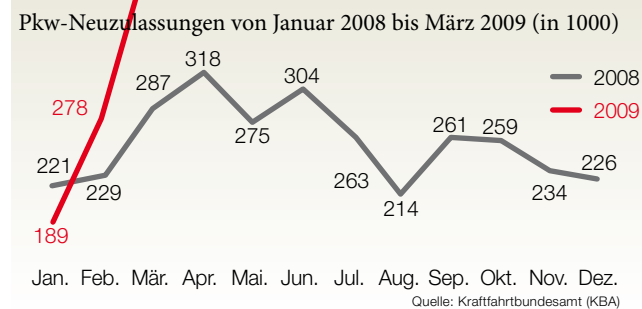
Es brennt

Erst als Velux-Fahnen brennen, sind Streik und Betriebsbesetzung erfolgreich.



Die 100 Beschäftigten der Velux-Fensterfabrik MHG im schleswig-holsteinischen Meldorf haben einen Sozialtarifvertrag erkämpft. Das Werk wird Ende 2009 geschlossen. Der Sozialtarifvertrag sieht vor: Niemand wird vor Jahresende entlassen. Danach wechseln alle für zwölf Monate in eine Transfergesellschaft. Die Abfindung beträgt ein Bruttoeinkommen pro Beschäftigungsjahr. Die Leiharbeiter werden den Stammbeschäftigten gleichgestellt. Die IG Metall-Mitglieder erhalten einen Bonus: eine Abfindung in Höhe der Gewerkschaftsbeiträge, die sie während ihrer Zeit bei MHG gezahlt haben.

Echter Kavaliertstart



Um 40 Prozent ist die Zahl der Pkw-Neuzulassungen im März gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Im Vergleich zu Februar betrug das Plus sogar 44 Prozent. Im März wurden 401.000 Autos neu zugelassen.

Eine Idee macht Karriere

Wer hat Umweltprämie für Altautos erfunden? Die IG Metall.

„Die Idee lag in der Luft“, erzählt Babette Fröhlich, die Autoexpertin des IG Metall-Vorstands in Frankfurt. Deshalb verständigten sich die Betriebsratsvorsitzenden von Audi bis Opel, von VW, Ford, Daimler und BMW blitzschnell auf die Umweltprämie, als im Herbst 2008 die Krise in der Autoindustrie aufschlug: Kriegen soll die Prämie, wer sein Altauto verschrottet. Das kurbelt die Produktion an und nützt der Umwelt.

Am 17. November diskutieren IG Metall-Chef Berthold Huber und die Betriebsratsvorsitzenden darüber in Berlin mit den SPD-Politikern Frank-Walter Steinmeier (Vizekanzler) und Peer Steinbrück (Finanzminister). Beide werden blass, als sie erfahren, was in den Betrieben los ist, mit welcher Wucht die Krise bereits über die Autobauer hereingebrochen ist. Steinmei-

er entfährt der Satz: „Wir müssen was tun!“ Kassenwart Steinbrück grummelt. Er weiß, helfen kostet Geld.

Nach dem Treffen glühen die Telefondrähte. Metaller und Betriebsräte sprechen in Berlin mit allen, die ihnen weiterhelfen können. Am 5. Januar fordert die SPD offiziell die Umweltprämie. CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder ist dagegen, die Kanzlerin hin- und hergerissen. Steinmeier setzt sich durch. Am 27. Januar beschließt das Kabinett die „Richtlinie zur Förderung des Absatzes von Personenkraftwagen“.

Der Erfolg ist überwältigend: Bis 6. April liegen 1.193.708 Anträge auf die Prämie vor. Gekauft werden vor allem VW, Seat, Audi und Skoda, Opel, Renault-Nissan, Hyundai und Ford. Das überzeugt auch viele Kritiker: Der Prämien-Topf wird aufgestockt.

mehr: ►► www.bafa.de

Der Truck-Start



Truck und Roadshow der IG Metall ziehen quer durch die Republik und sammeln Stimmen für ein gutes Leben.

Fotos: Christian v. Polentz/transistfoto.de

Mein gutes Leben ist...



„...ein sicherer Job, der nicht krank macht und ordentlich bezahlt ist. Dazu ein gutes Betriebsklima – das wäre traumhaft. Außerdem soll die Jugend eine bessere Perspektive erhalten, damit wir auch im Alter gut leben können.“ **Doris Lams, früher Neptun-Werft, heute Arbeitsloseninitiative „Dau wat“, Rostock**



„...Arbeit, von der ich leben kann, ein bisschen mehr Freizeit und immer guten Kaffee! Das ist Luxus, denn ich sehe bei uns sehr viele Menschen, die keine Arbeit haben, nicht einmal die Aussicht darauf. Ich möchte, dass es allen gut geht.“

Thomas Jahn, VEM Sachsenwerk Dresden

„...akzeptiert werden, Anerkennung für meine Arbeit bekommen. Ich finde es gut, wenn ich mit meinem Einkommen die ganze Familie ernähren kann. Die Kinder sollen ohne Sorgen heranwachsen, dann können wir ihnen wirklich wichtige Werte mitgeben: Zusammenhalt und Verlässlichkeit. Sollte ich krank werden, will ich finanziell abgesichert sein, um gesund zu werden und meinen Job weiterzumachen.“ **Aldo Carlino, Lackierer, Volkswagen Wolfsburg**



„...wenn die Leute nicht nur im kleinen Kreis meckern würden, sondern endlich rausgehen und was tun für ihre Interessen. Gut wäre auch Rente nicht erst mit 67, sondern ein früherer allmählicher Übergang in den Ruhestand. Bis es so weit ist, träume ich von gleicher Bezahlung für gleichwertige Arbeit – in Ost und West, für Frauen und Männer.“ **Gabriele Schilling, Wäscherei Sitex, Rostock**



„...dass wenigstens in Zukunft die neu geschaffene Güterfülle in breitem Strom der Lohnarbeiterschaft zufließen.“

Papst Pius XI., (1922-1939)

Streifzüge

„Ich wollte, man finge damit an, sich selbst zu achten; alles andere folgt daraus.“ **Friedrich Nietzsche, 1844 – 1900**

„Lernen und Genießen sind das Geheimnis eines erfüllten Lebens. Lernen ohne Genießen verhärtet, Genießen ohne Lernen verblödet.“ **Richard David Precht, 44**

„Handle stets so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ **Immanuel Kant, 1724 – 1804**



„...ein Leben ohne Nazis. Dafür setze ich mich bei uns in Sachsen ein. Im Berufsleben bin ich für weniger Überstunden und eine kürzere Arbeitszeit. Ein sicherer, tariflich bezahlter Arbeitsplatz ist ganz wichtig, damit man sich das Leben angenehm machen kann.“

Thilo Hecht, Volkswagen Sachsen

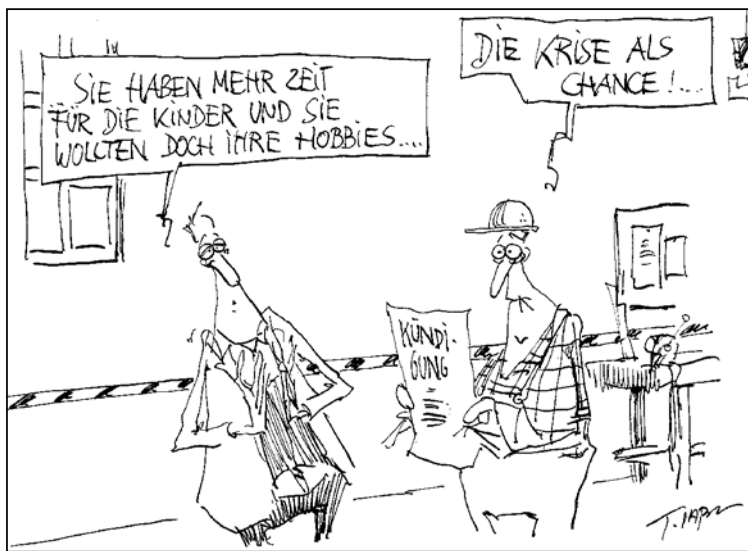


Illustration: Thomas Pläßmann

Schöne neue Welt

Endlich keine Gewerkschaften mehr! Dann kann die Party ja richtig losgehen. Eine Glosse über ein Land im Arbeitgeberzustand

Die Beschäftigten leisten unbegrenzt Überstunden. Bei der Arbeit dürfen sie nicht sprechen. Wer zu häufig auf die Toilette geht, wird entlassen. So sieht die Arbeitswelt in China aus.

In Deutschland heißt es nun: Auf ins Land der Morgenröte! Weihnachtsgeld und andere Sonderzahlungen: Sozialklimo-bim, weg damit.

Warum muss der Lohn eigentlich immer in Heller und Pfennig ausgezahlt werden? Gutscheine müssen her! Die Hälfte des Lohns gibt es künftig als Coupon. Damit können die Menschen dann beim Discounter einkaufen gehen. Super! Das ist gut für die deutsche Wirtschaft. Überhaupt: Geld macht doch nicht glücklich. In Zeiten

der Krise wäre es nur fair, die Löhne zu halbieren. Warum sollen nur die Manager unter Bonus-Kürzungen leiden? Da es keine Tarifverträge und Mindestlöhne gibt, ist das ja auch kein Problem.

„Von Japan lernen heißt siegen lernen“, singen beschwingte Manager des Vereins „Sonntags gehört Dein Papi mir“. Die Leistungsträger des gesellschaftlichen Fortschritts haben nämlich mit einem Blick in die Gesetzestexte entdeckt, dass sechs Wochen Urlaub wirklich nicht sein müssen. Dreieinhalb Wochen genügen, so viel und nicht mehr sind in Deutschland vorgeschrieben.

Eine Welt ohne Gewerkschaften, ach das wäre schön!



Foto: Operation-Übernahme.de

Wo immer Azubis nicht übernommen werden sollen – die Kampagneros der IG Metall-Jugend sind zur Stelle: in Bremen, Düsseldorf und Erfurt, in Schweinfurt oder Untertürkheim. Sie haben phantastische Ideen, werden auch gerne nachts aktiv. Alles dokumentiert mit tollen Fotos und Videos. [▶▶ www.operation-uebernahme.de](http://www.operation-uebernahme.de)

Das Wissensrätsel

Antworten und Preise gewinnen.

- Wir hoch ist das durchschnittlich Arbeitnehmer-Bruttoeinkommen im Jahr?**
a) 30 000 € b) 40 000 € c) 45 000 €
- Die zehn Prozent Reichsten in Deutschland besitzen wie viel Prozent des gesamten Vermögens?**
a) 35 % b) 50 % c) 60 %
- Welchen Mindeststundenlohn fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB)?**
a) 6,00 € b) 7,50 € c) 8,00 €
- Wie viel Prozent der Arbeiterkinder studieren?**
a) 17 % b) 23 % c) 29 %
- Ab wann wird die Altersgrenze für die Rente mit 67 angehoben?**
a) 2012 b) 2014 c) 2016

hier mitmachen: [▶▶ www.gutes-leben.de/gewinn](http://www.gutes-leben.de/gewinn)



Abbildung ähnlich. Foto: Acer.de

Unter allen richtigen Lösungen verlosen wir diese Preise:

- Preis:** Multimedia-Laptop, 15"
 - Preis:** LCD-Plasma TV und DVD-Player
 - Preis:** Smartphone Handy
 - 50. Preis:** Mini-Laptop Maus
- Näheres zu den Preisen unter: [▶▶ www.gutes-leben.de/gewinn](http://www.gutes-leben.de/gewinn)